

Von unserer Redakteurin
Ursula Samary

■ **Rheinland-Pfalz.** Die den meisten Bürgern ferne EU-Kommission bietet den Menschen am Mittelrhein jetzt die Chance, mit echter Bürgerbeteiligung an einem Gesetz mitzuwirken, das den Bahnlärm bekämpft. Aber: Die EU-Kommission versteckt die fast schon revolutionäre Initiative im Internet, wie der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord, Ulrich Kleemann (Grüne), feststellt. Deshalb rührt er jetzt die Werbetrommel für eine bis zum 3. Oktober laufende Onlineumfrage zur „Lärmemission von Güterzügen in der Europäischen Union (EU)“. Der Begriff ist sperrig. Aber die Botschaft lautet: Die EU will die Bürger anhören, bevor sie ihre Politik zum Schienenlärm festlegt.

Kleemann, am Mittelrhein auch Welterbe-Beauftragter der Landesregierung, hofft, dass viele Bürger, Initiativen und Gemeinden „diese echte Bürgerbeteiligung“ nutzen und Brüssel darauf hinweisen, unter welchem krank machenden Lärm sie leiden und welche wirtschaftlichen Folgen der Krach für den Tourismus an dem europäischen Strom hat. Das nächste Schreckensszenario droht hier bereits 2016: Mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels kann alle drei Minuten ein Zug heranrauschen, wie der Chef der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm, Willi Pusch, sagt. Mit dem Netzausbau rund um die Nordseehäfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam wächst noch weiterer Druck auf die bereits stark belastete Rheinstraße, wo Güterzüge auch nachts mit dem Getöse eines Presslufthammers immer wieder den Schlaf rauben. Zudem verlieren Immobilien ihren Wert und leiden ebenfalls unter den ständigen Erschütterungen.

Sehnsucht nach mehr Ruhe - vor allem nachts

Bei den Anhörungen für den Masterplanprozess für das Welterbe wurde der Wunsch nach mehr Ruhe als wichtigstes Ziel genannt, erinnert Kleemann. Mehr Stille – sie gehört inzwischen zu den größten Sehnsüchten am Rhein. „Jetzt bekommt jeder Betroffene die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und so Einfluss auf europäischer Ebene zu nehmen“, wirbt der SGD-Präsident fürs Ausfüllen des langen Fragebogens.

Die Schweiz hat es mit ihren Lärmschutzprogrammen vorge-macht: Die alten Graugusssohlen aus dem vorigen Jahrhundert müssen ausgemustert und gegen lei-



Dem Bahnlärm auf den Grund gehen und ihn besser bekämpfen: Das will die EU-Kommission mit einer Online-Umfrage.

Foto: dpa

sere Bremssysteme ausgetauscht werden, argumentiert Kleemann, und mit ihm alle Landespolitiker und Bürgerinitiativen. Dieser Fortschritt ist aber nur auf Ebene des Bundes oder der EU zu erreichen.

Kleemann erinnert daran, dass der Bundesrat, also die Bundesländer, Gesetzesinitiativen gefolgt ist. Die Bundesregierung setze dagegen mehr auf europäische Lösungen – bei lärmabhängigen Trassenpreisen ebenso wie bei einem Nachtfahrverbot für laute Züge. Immerhin: Nach der Zulassung der sogenannten LL-Sohle sollen in den nächsten Jahren die alten Güterzüge in Deutschland mit leiseren Bremssystemen umgerüstet werden. Die EU will sich an den Kosten auch beteiligen.

Dabei setzt die Schweiz die deutschen Nachbarn auch unter Druck: Das Transitland will zum Schutz seiner Bürger von 2020 an auf seinem Eisenbahnnetz die besonders lauten Graugussbremssohlen verbieten. Die Schweiz zahlt auch einen Lärmbonus, um einen Anreiz dafür zu schaffen, dass Eisenbahnunternehmen ihre lauten Güterzüge modernisieren. Die Kosten für leisere LL-Sohlen sollen in sechs Jahren bei 16 Fahrten pro Jahr wieder eingefahren sein.

Mit ihrer Lärmschutzpolitik zwingen die Eidgenossen die europäischen Bahnen zum Handeln.

So funktioniert die Umfrage

Leider ist der Text des Fragebogens in englischer Sprache abgefasst. Die Felder können aber in jeder EU-Sprache ausgefüllt werden. Die SGD Nord bietet zudem einen besonderen Service: Auf ihrer Internetseite www.sgd nord.rlp.de steht die deutsche Übersetzung. Wer sich den Text ausdrückt, kann ihn beim Ausfüllen des Formulars zur Hand

Mit einer neuen sogenannten Roadmap, einem Handlungsplan, wolle die EU darauf reagieren, sagt Kleemann im Gespräch mit unserer Zeitung. Der Güterverkehrslärm werde in Brüssel als „umweltpolitische Achillesferse“ angesprochen, eine baldige Lösung als sehr dringlich eingestuft. Die EU-Kommission hatte Rheinland-Pfalz denn auch schon vor Jahren signalisiert, dass sie lärmabhängigen Trassenpreisen nicht grundsätzlich im Wege stehen will.

Lärmschutz mit eigener Stimme vorantreiben

Vor diesem Hintergrund ist es aus Kleemanns Sicht so wichtig, dass möglichst viele Bürger aus dem Mittelrheintal mit ihren Erfahrungen und ihrem Fachwissen bei der EU-Befragung ihre Stimme erheben. Dies könne den Lärmschutz vorantreiben. Denn nicht jedem Kommissar oder Politiker in Brüssel sei die besondere Problematik des Mittelrheintals bekannt.

⊕ Die Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn will auch beim Wahlkampfauftritt von Kanzlerin Angela Merkel am Donnerstag, 12. September, um 17 Uhr am Deutschen Eck in Koblenz gegen den „unerträglichen Bahnterror“ demonstrieren.

nehmen. Die SGD hat ihre Internetseite so umgestaltet, dass alle wichtigen Informationen auf den ersten Blick ins Auge fallen.

➔ Der Originalfragebogen der EU-Kommission lässt sich im Internet online ausfüllen. Zu finden ist er im Netz unter der Adresse www.ku-rz.de/railnoise

Bahnlärm: EU geht auf Bürger zu und hört sie an